

Pressemitteilung

Alternative für Deutschland
Landesverband Hessen

Frankfurt/Main, den 27.8.2016

Für die AfD sind die Betonsperren für mehr Sicherheit eine Folge der „offenen Grenzen“ von Merkel

Die Flüchtlingspolitik von Angela Merkel wird im In- und Ausland stark kritisiert.

Nun wird versucht, auch die Besucher des Museumsuferfestes in Frankfurt mit Betonblöcken und erhöhter Polizeipräsenz vor Anschlägen zu schützen.

„Die von der AfD in Deutschland angestrebte Lösung, Hilfsbedürftigen wieder außerhalb der Grenzen Europas helfen, z. B. durch Aufstockung von Entwicklungs- und humanitärer Hilfe in Kriegsgebieten, wird nicht nur in Polen unterstützt.“, so Peter Münch, einer der Sprecher der AfD in Hessen.

Weiter fordert die AfD die hessische Landesregierung und die Kreise und Kommunen auf, sich gegen die anhaltende „Zuteilung“ von illegal einreisenden Ausländern zu wehren. Es kann nicht sein, dass der Rechtsbruch in Berlin nach wie vor so hingenommen wird. Die Folgen der illegalen Masseneinwanderung bekommen die Menschen vor Ort zu spüren, also muss auch vor Ort gehandelt werden. Die weitere Unterstützung des rechtswidrigen Handelns der Regierung in Berlin darf nicht länger unterstützt werden.

Nicht nur die äußere, sondern auch die innere Sicherheit muss wiederhergestellt werden. Daher muss auch Hessen seinen Verpflichtungen bei Rückführungen und Abschiebungen nachkommen.

Peter Münch, Sprecher AfD Landesverband Hessen